

Bamberg am 18. November 2005

Geht das Geld den falschen Weg ?

Oder: Du Mensch weißt doch, was gut ist

I

Zeitansage – Armut in einem reichen Land

Der türkische Schriftsteller Orhan Pamuk sagte am 3. Oktober in Darmstadt: Ein Mann geht durch die Straßen seiner Stadt und sieht zufällig eine Tür mit einem Schild „Eintritt verboten“. Er überlegt, warum der Eintritt verboten ist und wer durch diese Tür darf. Er fragt sich auch, warum dieses Schild da ist und warum man nicht Schlüssel verteilt, damit Menschen geordnet durch diese Tür gehen können. Er spürt, dass diese Tür – eigentlich zum Öffnen geschaffen – Begehrlichkeiten weckt und dem Rest der Menschheit bedeutet, dass die Tür unwiderruflich zu ist. Man entwickelt Phantasien, was dahinter ist, zumal einige hinter der Tür auch beschließen, dass man keine Schlüssel verteilen soll. Denn dann könnte sich ja auch die Tür für Menschen öffnen, die draußen bleiben sollen. Und man würde feststellen können, was hinter der Tür geschieht. Pamuk sagt: „Den Leuten draußen wird durch das Schild erst richtig deutlich, dass sie eben draußen sind ..., dass durch das Schild die Welt gewissermaßen zweigeteilt wird. Die einen dürfen rein, die anderen nicht ... Immer wütender wird der Mann auf die Leute mit dem Schild, die genau vorhergesehen haben, dass er so lange vor dieser Tür stehen und sich über die erniedrigenden Aspekte des Schildes ereifern würde“. Orhan Pamuks Bild, ursprünglich bezogen auf die kürzlich noch offene Verhandlungssituation zwischen Türkei und Europäischer Union, hat auch drastische Bedeutung für die Situation in unserer Gesellschaft: **Es gibt eine zunehmende Zahl von Menschen, die draußen sind, die sich ausgeschlossen fühlen, die ohnmächtig warten oder gar voller Wut sind.** Die Erzählung Pamuks stammt aus seiner Preisrede anlässlich der Verleihung des Ricarda-Huch-Preises. Pamuk erhielt kürzlich den Friedenspreis des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels.

Pamuks Symbolik zu Drinnen und Draußen spiegelt das Lebensgefühl vieler Menschen, denen wir in unserer Arbeit – in unseren Beratungsstellen und Einrichtungen – begegnen. Sie suchen bislang vergeblich nach einem Schlüssel zur Lösung ihrer Probleme. Oder noch schlimmer: Sie haben nicht selten die Hoffnung für sich oder gar ihr Selbstvertrauen völlig aufgegeben. Manche sind immun geworden gegenüber der Ausgrenzung, die sie erfahren. Dabei kann uns nicht gleichgültig sein, dass die Zahl der Hilfebedürftigen und Hilfesuchenden wächst.

Der Grund ist: Tiefe Risse gehen durch unser Land. Risse zwischen denen , die Arbeit haben, und denen, die Arbeit suchen, Risse zwischen Wohlstand und Armut. Und auch der Riss zwischen Ost und West ist noch nicht geschlossen. Egoismus und partikulare Interessen erschweren die Lösungen. Manche würden der

Idee der Gerechtigkeit gern den Abschied geben. Sie glauben fälschlicherweise, der Ausgleich von Interessen stelle sich in der Marktwirtschaft von selbst ein.

Reichtum in Deutschland ist vor allem privater Reichtum. Die vermögendsten zehn Prozent der westdeutschen Haushalte besitzen 45 Prozent des gesamten Nettovermögens in Deutschland. Zugleich steigt das Armutsrisiko: Knapp sieben Millionen Menschen leben in Einkommensarmut, d.h. sie haben ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen unter 545 Euro. Darunter sind 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Von Armut betroffen sind zuerst Alleinerziehende mit ihren Kindern, Arbeitslose und Alleinstehende unter 24 Jahren. Gerade bei Familien sind die Armutsrisiken gestiegen, besonders dann, wenn der Hauptverdiener wegfällt. Denn die Hartz-Reformen haben die Transfer-Leistungen für Arbeitslose auf das Sozialhilfeniveau abgesenkt.

Wer auf die Kinder schaut, erfährt schmerzlich, dass Armut sich nicht nur am Einkommen festmacht. Kinderarmut bedeutet: keinen Platz haben für eine Kinderparty, schlecht ernährt werden, häufiger krank sein, weniger Hilfe bei schulischen Problemen, häufiger Schulabbruch, geringere Chancen im Berufsleben. Arm sein als Kind bedeutet vor allem: früh merken, dass man nicht mithalten kann.

Wir beobachten auch und vor allem im Rhein-Main-Gebiet, dass Armut Armut anzieht – wie Reichtum Reichtum. Die soziale Polarisierung unserer Gesellschaft wächst – und mit ihr die Zahl und Größe von Stadtteilen, die auffallen durch hohe Quoten von Arbeitslosigkeit, Armut und Verwahrlosung der öffentlichen Infrastruktur. Der Hilfe- und Beratungsbedarf steigt immer mehr, zugleich kommt zur privaten Armut die öffentliche Armut verstärkt hinzu: Beratungs- und Hilfeangebote werden drastisch eingeschränkt – von der Sucht- und Schuldnerberatung bis zur Ehe- und Familienberatung. Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem der Ausbau dringend geboten wäre.

II

Protest – Konzentration des privaten Reichtums

Es gibt immer mehr Menschen, die sich bereichern und immer mehr, die verarmen. Diese Grundtendenz hat der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Frage ist, was haben reich und arm miteinander zu tun? Jedes Reden über Armut muss mit dieser Frage beginnen, denn Deutschland war noch nie so reich, wie es derzeit ist.

Deshalb ist die Grundfrage nicht die nach Armut. Der Skandal ist, dass es Armut mitten im Reichtum gibt. Deutschland ist unverändert im weltweiten Vergleich der Staaten sehr reich: Mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) von gut 2,1 Billionen Euro nahm es 2003 nach den USA und Japan den dritten Platz auf der Liste der reichsten Länder ein, umgerechnet pro Kopf lag es immerhin noch auf Rang 14. Dass es um die deutsche Wirtschaft so schlecht nicht bestellt sein kann, zeigten auch die Rekordgewinne deutscher Unternehmen. Die DAX-Unternehmen verbuchten 2004 durchschnittlich gut 70 Prozent mehr Gewinne als 2003 – Konzerne wie BASF, Tele-

kom, Linde oder RWE konnten ihre Jahresüberschüsse verdoppeln, Infineon schaffte eine Vervier- und DaimlerChrysler gar eine Verfünffachung.

In den letzten beiden Jahrzehnten profitierten die reichsten Haushalte am meisten vom wachsenden materiellen Reichtum. Unbeschadet aller Schwierigkeiten, privaten Reichtum zu definieren, kann nicht bestritten werden, dass es vor allem die Reichen waren, die reicher wurden. Haushalte in der Mitte der Verteilung von Einkommen und Vermögen konnten in etwa durchschnittlich an den Reichtumszuwächsen teilhaben. Die ärmsten Haushalte aber rutschten immer weiter weg von einer durchschnittlichen Ausstattung mit finanziellen Ressourcen.

In den neunziger Jahren wuchs zum Beispiel nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der Vermögensanteil des obersten Zehntels der westdeutschen Haushalte von 41 auf fast 45 Prozent. Dass die Vermögensverteilung in Wirklichkeit noch ungleicher sein dürfte, legt ein Blick in die frühere Vermögensteuerstatistik nahe. Auf der Grundlage ihrer letzten Darstellung für 1995 kann geschätzt werden, dass damals ein Drittel des gesamten veranlagten deutschen Privatvermögens im Besitz von weniger als 0,1 Prozent der Haushalte war. Diese Konzentration der Vermögen dürfte zugenommen haben.

Sozialpolitisch von besonderer Bedeutung ist, dass vor allem die Geldvermögen immer ungleicher verteilt sind: 1993 besaßen die „reichsten“ zehn Prozent der Haushalte 44,5 Prozent des gesamten Nettogeldvermögens, 2003 waren es 51 Prozent. Die Schulden des „ärmsten“ Zehntels verschärften sich in diesen Jahren, und das zweitunterste Zehntel verlor seine ehemals winzigen Anteile am gesamten Geldvermögen. Hierbei sind die Einkommen aus Vermögen und die Ersparnis noch ungleicher als die Vermögen selbst verteilt. Deshalb dürfte die Vermögenskonzentration eher zu- als abnehmen. Da aber die Vermögensbildung eine, wenn nicht gar die entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass Menschen kapitalgedeckte Vorsorge treffen können, sind also die entsprechenden Verwirklichungschancen extrem ungleich verteilt.

III

Verschärfung – Öffentliche Armut

Dass mitten im Reichtum öffentliche Armut zunimmt, ist vor allem eine Folge rückläufiger Einnahmen des Staates: Seit 2001 sank das kassenmäßige Steueraufkommen real und fiel auf das Niveau von 1994 zurück. Die Lohnsteuer erbrachte 2004 inflationsbereinigt fast 30 Milliarden Euro weniger als 1995, ein Rückgang um über zwanzig Prozent. Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer lagen 2004 real um rund 19 Milliarden Euro unter dem Aufkommen von 1991. Auch die Steuerzahlung aller Kapitalgesellschaften (Körperschafts- und Gewerbesteuer) brachen – trotz guter Ertragslage der Unternehmen – kräftig ein. Insgesamt sank die effektive Steuerquote auf unter 21 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Diese steuerliche Entlastung führte nicht zur erhofften konjunkturellen Belebung, und Steuersenkungen allein schaffen weder Wachstum noch Arbeitsplätze, sondern lediglich prekäre öffentliche Einnahmen.

Damit verschärfte sich die Verarmung öffentlicher Haushalte. Die Verschuldung stieg kräftig. Die öffentlichen Investitionen gingen in den alten Bundesländern von 1996 bis 2003 inflationsbereinigt um knapp ein Viertel und in den neuen Ländern um fast die Hälfte zurück. Im Jahre 2004 lagen sie nur noch bei 1,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Das Ausbleiben kommunaler Investitionen wirkte sich auf den Zustand öffentlicher Einrichtungen negativ aus und verschärfte Arbeitslosigkeit, da Handwerk und Mittelstand zu einem beträchtlichen Teil auf kommunale Aufträge angewiesen sind. Heute müssten die Investitionen von Städten und Gemeinden in den alten Bundesländern das Doppelte und in Ostdeutschland das Vierfache des gegenwärtigen Niveaus aufweisen, um den vom Deutschen Institut für Urbanistik bezifferten kommunalen Investitionsbedarf zu befriedigen.

Die angespannte Finanzlage hat Gründe. Der Staat verfolgt seit Jahren eine Politik der Steuerentlastung großer Einkommen und Vermögen mit der Hoffnung, dadurch Wachstum und Investitionen anzuregen und Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Politik hat nicht das erhoffte Ergebnis erbracht.

„Es waren vornehmlich die hohen Steuerentlastungen im Jahre 2001 sowie die Folgen der wirtschaftlichen Talfahrt, die zu dem starken Anstieg der staatlichen Finanzierungsdefizite führten. Für dieses und das nächste Jahr ist keine Entspannung der Finanzlage in Sicht – im Gegenteil (DIW-Wochenbericht 36-37/ 2002: 547). Die bundesdeutsche Steuerquote befindet sich mit 20,5 Prozent auf einem historischen Tiefstand. Angesichts der Globalisierung ist die Vergleichssituation wichtig: Gemessen an internationalen Vergleichszahlen ist nach Angaben der OECD die Steuerquote nur in Japan niedriger als in Deutschland. Bei Steuern und Abgaben befindet sich Deutschland mit 37,9 Prozent in einem Mittelfeld (Bundesministerium für Finanzen 2003).

Große Unternehmen und vermögende Privatpersonen entziehen sich zunehmend ihrer Verpflichtung, mit Steuern einen Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten. Die Steuerpolitik führt zu einer Verlagerung der Steuerlast auf die Arbeitnehmer. In der Folge gingen die Steuereinnahmen trotz positiver Wachstumswerte in den Jahren 2001 und 2002 absolut zurück – ein bislang einmaliger Vorgang. Die zu einem Großteil selbst verschuldeten Einbrüche bei den Steuereinnahmen zwingen Bund, Länder und die Kommunen zu einem drastischen Sparkurs nach dem anderen.

Die Bundestags-Enquete-Kommission zur Globalisierung spricht von einer „fiskalischen Umverteilung von unten nach oben“. Steuerpolitik, die ursprünglich ein Instrument des sozialen Ausgleichs war, um Ungerechtigkeiten der sogenannten Primärverteilung am Markt auszugleichen, ist also zu einem Instrument der Umverteilung geworden.

Die Regierungen sehen sich jetzt vor die Situation gestellt, dass angesichts des Einbruchs des Steueraufkommens öffentliche Güter und Sozialleistungen gekürzt werden müssen. Die gegenwärtige Finanzpolitik verfolgt eine zweifache Ausrichtung: Einmal senkt sie die Steuern auf breiter Front drastisch, um die private Initiative zu „entfesseln“, und zum anderen reduziert sie die Ausgaben massiv. Auch wenn Sparen und Ausgabenreduzierung mit einer scheinbar notwendigen Verringerung staatlicher Einmischung in die Wirtschaft begründet werden, sind sie in Wahrheit aber mehr

und mehr Folge der Steuerpolitik: Wenn der Staat bewusst auf Steuereinnahmen verzichtet, die erhoffte Wirtschaftsbelebung aber ausbleibt, muss er notwendigerweise Ausgaben streichen und in der Folge mit weiteren die Wirtschaft belastenden Wirkungen rechnen.

Betroffen von den Kürzungen ist die Diakonie sowohl in ihren Einrichtungen und Dienstleistungen als auch in ihrer anwaltlichen Wahrnehmung der Auswirkungen auf die Menschen. Diese doppelten Auswirkungen sowohl auf die anwaltliche wie auf die unternehmerische Diakonie machen eine Auseinandersetzung mit Fragen der Steuerpolitik zu einem zentralen Thema für die Diakonie. Wenn die Diakonie nicht lediglich sich an die Folgen der Finanzpolitik des Staates anpassen will, muss sie sich mit Fragen der Steuerpolitik auseinandersetzen.

Jede Beschäftigung mit der Steuerpolitik muss sich der Grundfrage stellen: Ist der Sozialstaat sein Geld wert? Solidarität und Gerechtigkeit müssen nicht allein bei den Ausgaben und Leistungen gewahrt bleiben, sondern auch bereits bei der Aufbringung der Mittel, die der Sozialstaat braucht, um seine Aufgaben erfüllen zu können (vgl. Wirtschafts- und Sozialwort 1997, Abs. 191 und 220). Es ist an der Zeit, neu über den Wert des Sozialstaates nachzudenken. „Der Sozialstaat darf deshalb nicht als ein nachgeordnetes und je nach Zweckmäßigkeit beliebig zu ‚verschlankendes‘ Anhängsel der Marktwirtschaft betrachtet werden. Er hat vielmehr einen eigenständigen moralischen Wert und verkörpert Ansprüche der verantwortlichen Gesellschaft und ihrer zu gemeinsamer Solidarität bereiten Bürgerinnen und Bürger an die Gestaltung des ökonomischen Systems“ (Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen 1997, Abs. 133).

IV

Leitbilder – Soziale Gerechtigkeit und Subsidiarität

Der Prophet Micha, Kapitel 6 Vers 8, widerspricht – wie viele andere Propheten mit ihm und nach ihm – dem Zeitgeist des Ausschlusses und der Gleichgültigkeit. Er erinnert uns an längst Bekanntes: „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist, und was der Herr bei dir sucht: Recht tun (Luther übersetzt frei: ‚Gottes Wort halten‘), Güte lieben und besonnen mitgehen mit deinem Gott“. Du Mensch musst dir im Grunde nichts Neues ausdenken, sagt der Prophet Micha, ein Bauernsohn aus dem Staat Juda im 8. Jahrhundert v.Chr. Micha sprach für die Armen und gegen die Konzentration des Reichtums, für ein liebevolles und gütiges Zusammenleben und gegen den Verfall der Gerechtigkeit. Er predigte Umkehr – ehe es zu spät sei: Gott hat dir Mensch alles mitgegeben, was du für deinen Weg benötigst. Jetzt musst du nur wiederentdecken, was Zukunft hat. Ja, das längst Bekannte kann dich befreien. Erinner dich um der Zukunft willen! Es geht nicht um falsche Opfersymbolik, um Gott wohlgefällig zu sein, sondern es geht um Gottes Güte bei dir. Denn, ob du es wahrhaben willst oder nicht, du bist von Gottes Liebe umstellt. Und Güte der Menschen zueinander – das ist „die Krönung der Gerechtigkeit“ (Gesine Schwan).

Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist – will heißen: Nun mach doch schon, gib dir einen Ruck und mach kehrt. Du Mensch sollst ein Segen sein für diese Welt – an

deinem Ort, an den du gestellt bist. Erinnerung dich, dass du von Gottes Liebe umstellt bist, von seinem Segen umfangen bist. Das ist tragfähig und trägt dich, wo du umkehrst. Das ist sozusagen dein Profit. Und Gottes Segen kennt keine Mauern, seine Liebe kennt kein „Eintritt verboten“. Das biblische Zeugnis kennt nicht die Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Segensklassen, zwischen einem Segen erster und einem Segen zweiter und einem Segen dritter Klasse. Gottes Segen zielt nicht auf die kleine heile Welt des Selbstgenügsamen, der den Glauben von der Liebe trennt. Sondern Gott antwortet auf die Welt, die an sich selbst leidet, die anderen Leiden zufügt und die auch Christus ans Kreuz schlug. Ja, es sind nicht unsichtbare Kräfte, sondern Menschen, die häufig unsichtbare Mauern errichten, Menschen, die sehr wohl Mittel und Möglichkeiten haben, Armut und Not zu lindern.

Der Vers des Propheten Micha betrifft uns selbst, unsere Gesellschaft und die politischen Entscheidungsträger: Recht tun, Liebe üben und besonnen mitgehen mit deinem Gott. Übersetzt heißt das: Gemeinschaft stiften durch das Recht und dem Missbrauch wehren; Liebe üben, damit niemand verloren geht; aufmerksam sein und eine Bresche schlagen, wo Mauern die Güte Gottes verdunkeln. Auch und gerade in der Diakonie geht es nicht ohne Prophetie, denn sie deckt auf den öffentlichen Missbrauch der Religion für die Macht und die pseudoreligiöse Trennung von Glauben und Liebe. Und die Prophetie wirkt nachhaltig bis ins Neue Testament: „Und wenn ich allen Glauben habe, so dass ich Berge versetze, habe aber der Liebe nicht, so bin ich nichts“ (1. Kor.13, 2).

Die biblischen Zeugen bringen uns auf die Spur: Soziale Gerechtigkeit und Subsidiarität gehören zu den Grundpfeilern unserer Gesellschaft. Sie sorgen dafür, dass Diskriminierungen abgebaut werden, dass Arme und Schwache nicht ausgeschlossen werden, dass alle Menschen am wirtschaftlichen Leben unserer Gesellschaft teilnehmen können – ungeachtet ihrer Leistungsfähigkeit. Und wer wenig im Leben hat, muss daher viel im Recht haben. Unsere Gesellschaft gewinnt ja ihre Stärke durch den Schutz der Schwachen.

Das stellt die Leistungsfähigkeit der Stärkeren nicht in Frage. Talente und Kräfte – gleich welcher Nationalität und Herkunft – sollen eingesetzt und nicht versteckt werden. Aber jede und jeder hat ein Anrecht auf das, was er oder sie zum Leben braucht (Mt 20, 1-16), auch und besonders die Schwachen, die nicht so können, wie sie wollen. Auf diese Überzeugung stützt sich unsere Solidargemeinschaft.

Jedoch erschreckt mich der Gedanke, dass unsere Gesellschaft dabei ist, sich selbst ad absurdum zu führen, weil sie mit dem Menschsein des Menschen und mit Mitmenschlichkeit nicht mehr rechnet. Ja, rechnen ist das Stichwort, das neue Unwort, das Gegenwort zu sozialer Gerechtigkeit: Das rechnet sich nicht, hören wir allerorten, wo es um Sozialabbau und Stelleneinsparungen geht. Im komplizierten Konfliktfeld zwischen Mensch und Kapital geht der Mensch als Verlierer hervor, und die Schwächsten trifft es zuerst. Wir spüren es immer mehr: Ohne soziale Gerechtigkeit verliert unsere Gesellschaft ihr menschliches Gesicht. Wir brauchen nicht Almosen für die Armen und Schwachen, sondern die Rechtssicherheit, dass die starken Schultern mehr tragen können und sollen als die schwachen.

In Artikel 14 des Grundgesetzes ist verankert, dass Eigentum sozialpflichtig ist. Die großen Kirchen haben in ihrem Gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialwort von 1997 gesagt: „Werden die Vermögen nicht in angemessener Weise zur Finanzierung ge-

samtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben“ (Abs. 220). Damit wird Reichtum in unserer Gesellschaft zum Thema. Das solidarische Band zwischen Starken und Schwachen wird verbindlich gemacht: Reichtum muss dazu beitragen, soziale Sicherungssysteme armutsfest zu machen. Wenn die Lasten also neu verteilt werden, kommt unsere Gesellschaft an der ernsthafteren Bekämpfung von Steuerhinterziehung sowie Kapital- und Steuerflucht nicht vorbei.

Der Machtkonflikt ist damit vorprogrammiert. Er wird nur ausgetragen werden können, wenn es nicht nur um den Transfer von Geld geht. Sondern es geht wesentlich auch um die Vision einer Gesellschaft, die bereit ist zum Teilen, in der die Starken zuerst teilen, damit das Ganze gewinnt. Ich erinnere an den Propheten Jesaja: Ohne Bereitschaft zum Teilen wird es keinen dauerhaften Frieden geben. Wo rücksichtsloses Gewinnstreben vorherrscht, wird die Menschenwürde vieler verletzt. Daher gibt es zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer keine Alternative. Verteilungsgerechtigkeit ist das Gebot der Stunde, soll das Gemeinwohl alle in gleicher Weise verpflichten. Anderenfalls ist Politikverdrossenheit die Folge – mit all den Begleiterscheinungen Richtung Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechtsradikaler Gewalt.

Auch international hat sich längst Widerstand gegen die Erosion des Sozialstaates breitgemacht, wie sich an den verschiedenen Netzwerken zur Kontrolle der internationalen Finanzmärkte zeigen lässt. Schon eine geringfügige Tobin-Steuer könnte aus der international instabilen Finanzlage herausführen. Nach dem Vorschlag von James Tobin haben die Vereinten Nationen errechnet, dass eine Besteuerung globaler Devisentransaktionen Hunderte von Milliarden US-Dollar erbringen könnte – zu Gunsten von Sozialprogrammen und Entwicklungshilfe. Die Steuer würde außerdem die Spekulation weniger attraktiv machen und einladen zu mehr Verteilungsgerechtigkeit.

V

Das Wesentliche – Gottes Segen und Einander-segnen

Vor wenigen Wochen haben die Leitungen der Diakonischen Werke in der EKD in Treysa der Gründung der EKD und ihres Hilfswerkes vor 60 Jahren – Ende August 1945 – gedacht. Damals waren in Hephata/Treysa Otto Dibelius, Martin Niemöller, Theophil Wurm und Gustav Heinemann als engagierte kirchenleitende Persönlichkeiten dabei. Im Wort an die Gemeinden mahnen sie: „Seid barmherzig! Mehrt nicht durch Lieblosigkeit das ungerechte Wesen in der Welt! ... Christus will die Mühseligen und Beladenen erquicken“. Martin Niemöller erinnert in Treysa daran, dass alle Menschen „das schöpfungsgemäße Ebenbild Gottes tragen (und) ... einen Anspruch auf Recht und Freiheit haben, und dass sie darum niemals für uns und für andere zum Gegenstand der Ausbeutung werden sollten“.

Kurz vor unserer Feier sechzig Jahre später stehen wir an dem Mahnmal für die aus Hephata abtransportierten und später ermordeten Bewohnerinnen und Bewohner. Vor dem Mahnmal sind die einstigen Treppenstufen aus dem dortigen Haus Bethanien, in dem die meisten wohnten, in den Boden eingelassen. „Dass du nicht ver-

gisst, was deine Augen gesehen haben, und dass es nicht aus deinem Herzen kommt dein ganzes Leben lang“, erinnert uns mahnend die jüdische Bibel (5. Mose 4, 9). Anschließend gehen wir hinein in den alten Festsaal, dem Gründungsort auch des Hilfswerkes. Eindrücklich und befreiend zugleich für uns war, wie während des anschließenden Gedenkvortrages durch Jochen Christoph Kaiser, Professor für Kirchengeschichte in Marburg, ein Bewohner aus Hephata an das Vortragspult ging, sich seitlich anlehnte und dem Vortragenden samt Manuskript liebevoll zublinzelte und Zeile für Zeile mit am Pult stehend mit seinem Finger verfolgte. Dann setzte er sich neben Präsident Dr. Jürgen Gohde und verglich seine Haarfarbe mit der des Präsidenten.

Ja, herzlich willkommen, würde Orhan Pamuk sagen. Die Frage des Eintritts stellt sich nicht. Die Türen unserer Gesellschaft sind offen, Kirche und Diakonie können Beispiel geben. Und keiner soll sagen: Ich bin ausgeschlossen worden. Um im Bild zu bleiben: Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir uns in Strukturen, Finanzen und Berechnungen, in Fachlichkeiten und QM-Prozessen verheben und zu verlieren drohen. **Das Wesentliche könnte vergessen werden: dass unsere Gesellschaft einladend ist, von Gottes Liebe umgeben offen bleibt für Menschen mit sehr unterschiedlichen Anliegen und Nöten. Für Menschen, die nicht ein noch aus wissen, die auf ein heilendes Wort warten oder ein offenes Ohr oder ein schützendes Dach oder eine liebevolle Hand. Für Menschen, die es wissen und fühlen: Nur gemeinsam können wir leben.** Das meint der Prophet Micha: Du Mensch weißt doch längst, was gut ist ...

Wer sich von Gottes Liebe umgeben weiß, von seinem Segen für sich und diese Welt, einer Welt, die immer wieder an sich leidet und in der Menschen einander Leiden zufügen – der kann nicht anders als Gottes Segen weitergeben: „Wir verlassen die Welt nicht, wir verwerfen, verachten, verdammen sie nicht, sondern wir rufen sie zu Gott, wir geben ihr Hoffnung, wir legen die Hand auf sie und sagen: Gottes Segen komme über dich, er erneuere dich. Sei gesegnet, du von Gott geschaffene Welt, die du deinem Schöpfer und Erlöser gehörst ... Wer aber selbst gesegnet wurde, der kann nicht mehr anders als diesen Segen weitergeben ... Nur aus dem Unmöglichen kann die Welt erneuert werden; dieses Unmögliche ist der Segen Gottes“ (Dietrich Bonhoeffer am 8. Juni 1944).

Diakonie war zu allen Zeiten „unmöglich“. Sie hat häufig improvisiert und immer mehr angestrebt, als die äußeren Möglichkeiten hergaben. In Zeiten, in denen Humanität und Gerechtigkeit zu verschwinden drohten, hat sie Unmögliches vollbracht. Die Welt hätte keine Hoffnung, wenn nicht Menschen da wären, die dies täten: helfend und schützend die Hand aufeinander legen, einander segnen, umgeben von Gottes Liebe. Und dann auch: Bündnispartner sein und sich einmischen, wo Gerechtigkeit auf dem Spiel steht. Dabei gilt der Grundsatz: Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Die Höhe des Beitrags des einzelnen zum Gemeinwesen muss sich nach der Leistungsfähigkeit richten. Und andererseits gilt auch: „Wer weniger im Leben hat, muss viel im Recht haben“ (Helmut Simon). Im Sinne von Dietrich Bonhoeffer – unmöglich, dies alles zu realisieren, aber segensreich. „Nur aus dem Unmöglichen kann die Welt erneuert werden...“.

Pfarrer Dr. Wolfgang Gern

Vorstandsvorsitzender Diakonisches Werk in Hessen und Nassau, Ederstraße 12, 60486 Frankfurt